



die klima-allianz



Herrn Bundesfinanzminister
Dr. Wolfgang Schäuble
Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstr. 97

10117 Berlin

Bonn, 09. März 2011

**Offener Brief (vorab per E-Mail) zum Bundeshaushalt 2012:
Stärken Sie die internationale Entwicklungs- und Klimafinanzierung!**

Sehr geehrter Herr Bundesfinanzminister,

wir möchten Sie bitten, bei der Festlegung der Eckdaten für den Haushalt 2012 die Zusagen der Bundesregierung zur internationalen Entwicklungs- und Klimafinanzierung einzuhalten und deutlich mehr Mittel als bisher zu ihrer schrittweisen Erfüllung bereit zu stellen.

Das bedeutet für die Haushaltsaufstellung 2012, dass

- die Einzelpläne 23 und 05 zusätzliche zwei Milliarden Euro für die Finanzierung von entwicklungspolitischen, menschenrechtlichen und humanitären Vorhaben sowie für Maßnahmen der zivilen Konfliktbearbeitung erhalten und
- die Einzelpläne 23 und 16 zusammen zusätzlich mit einer Milliarde Euro für die internationale Klimafinanzierung ausgestattet werden. Dies würde Deutschland auf einen glaubwürdigen Pfad bringen, seinen fairen und angemessenen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung zu erbringen, der aus unserer Sicht bis 2020 auf jährlich acht Milliarden Euro gesteigert werden müsste.

Wir begrüßen auch, dass mit dem Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“ durch die Verwendung der Nettoerlöse aus dem Emissionshandel ab 2013 ein verlässliches und vorhersagbares Element der Klimafinanzierung eingerichtet wird, wenngleich die anvisierte Finanzausstattung für die internationale Klimafinanzierung noch deutlich zu gering ist. Als einen ersten Schritt ersuchen wir Sie, dem Haushaltsausschuss zu empfehlen, den Sperrvermerk über die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 950 Millionen Euro bis 2017 für internationalen Klima- und Umweltschutz wieder aufzuheben.

Deutschland hat sich verpflichtet, die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, hätten die relevanten Einzelpläne bereits im letzten Jahr um insgesamt mindestens zwei Milliarden Euro aufgestockt werden müssen. Trotz dieses eklatanten Fehlbetrags bekräftigte Bundeskanzlerin Angela Merkel, an dem 0,7 Prozent-Ziel festhalten zu wollen.

Der Entwicklungsausschuss der OECD hat Deutschland in seinem im September 2010 erschienenen Bericht zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit kritisiert und kommt zu dem Schluss, dass der Haushalt 2012 die letzte Chance für die Bundesregierung darstellt, die 0,7 Prozent-Zusage noch zu erreichen: „Wenn die Zielvorgabe für das Volumen der ODA-

Leistungen im Jahr 2015 erreicht werden soll, müssen die notwendigen Vorkehrungen in den Finanzplan für den Zeitraum 2011-2015 und den Haushalt 2012 einfließen“.

Zu diesem Versprechen kommt die wichtige Zusage über die finanzielle Unterstützung der armen Länder bei der Emissionsminderung und der Anpassung an die Veränderungen infolge des Klimawandels. Bei der Weltklimakonferenz in Cancún 2010 haben die Industrieländer ihr Versprechen von Kopenhagen bestätigt, dazu jährlich Mittel zu mobilisieren, die bis 2020 auf 100 Milliarden US-Dollar anwachsen sollen. Die Bereitstellung dieser Mittel hätte eine erhebliche Hebelwirkung auch für private Investitionen zur Folge. Der faire Beitrag Deutschlands zu dieser Summe liegt, wenn man Verantwortung für den Klimawandel und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zugrunde legt, bei etwa acht Milliarden Euro – zusätzlich zu den Mitteln zur Erreichung des 0,7 Prozent-Ziels.

Durch die Bereitstellung neuer und zusätzlicher Mittel würde auch die in Kopenhagen getätigte Zusage erfüllt, bis 2012 insgesamt 1,26 Milliarden Euro an kurzfristigen Finanzhilfen für Klimaschutz und Anpassung in den armen Ländern bereitzustellen. Entgegen der Zusage stehen zurzeit für den Zeitraum 2010 bis 2012 zusammen nur knapp 140 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln bereit – die übrigen Mittel waren bereits vor Kopenhagen zugesagt oder eingeplant.

Ein wichtiger Baustein zur Erfüllung dieser internationalen Verpflichtungen Deutschlands ist die Erhöhung der Haushaltsmittel, die in steigendem Maße durch innovative Finanzierungsinstrumente gegenfinanziert werden könnten. Der Einführung einer Finanztransaktionssteuer kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Auch die bestehende Luftverkehrsabgabe sollte in diesem Sinne verwendet werden.

Wir wissen, dass die politischen Gestaltungsmöglichkeiten beim Haushalt in Zeiten von Sparzwang und Schuldenbremse begrenzt sind. In Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit zu investieren ist jedoch kluge und vorausschauende Politik. Damit befördern Sie zugleich eine präventive Politik, wie sie etwa im Aktionsplan der Bundesregierung „Zivile Krisenprävention“ als Zielvorgabe festgeschrieben ist. Wir möchten hier auf das Beispiel der neuen Regierung in Großbritannien hinweisen, die bekanntlich sehr erhebliche Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung umsetzt, hiervon aber den entwicklungspolitischen Etat ausgenommen hat und das 0,7 Prozent-Ziel bis spätestens 2015 erreichen wird.

Deshalb fordern wir Sie auf, den Einsatz gegen die weltweite Armut und für den Klimaschutz zu erhöhen. Halten Sie Ihre Versprechen ein und stärken Sie die Entwicklungs- und Klimafinanzierung.

Mit freundlichen Grüßen



Regine Günther
Sprecherin des Leitungskreises des Forums
Umwelt und Entwicklung



Dr. Jochen Motte
Vorsitzender des Forums Menschenrechte



Christiane Lammers
Geschäftsführerin der Plattform Zivile
Konfliktbearbeitung



Ulrich Post
Vorstandsvorsitzender des Verbands Ent-
wicklungspolitik deutscher Nichtregie-
rungsorganisationen



Dr. Katharina Reuter
Koordinatorin der Klima-Allianz



Michael Steeb
Stellvertretender Vorsitzender des Arbeits-
kreises Lernen und Helfen in Übersee



Dr. Hans-Joachim Spanger
Vorsitzender des Beirats zum Aktionsplan
Zivile Krisenprävention



Prof. Dr. Hartmut Vogtmann
Erster Vizepräsident des Deutschen Natur-
schutzing